

Rede von Franz Fischler im Agrarrat (Brüssel, 15. Juli 2002)

Quelle: RAPID. The Press and Communication Service of the European Commission. [EN LIGNE]. [Brussels]: European Commission, [24.06.2005]. SPEECH/02/342. Disponible sur <http://europa.eu.int/rapid/start/welcome.htm>.

Urheberrecht: (c) Europäische Union, 1995-2012

URL: http://www.cvce.eu/obj/rede_von_franz_fischler_im_agrarrat_brussel_15_juli_2002-de-bdb7f616-0755-4253-a469-e23d3b0c79ee.html

Publication date: 06/09/2012

Rede von Franz Fischler, Mitglied der Europäischen Kommission zuständig für Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und Fischerei (Brüssel, 15. Juli 2002)

Präsentation der Halbzeitbewertung der GAP im Agrarrat

Meine Damen und Herrn

Ich freue mich, heute mit ihnen eine erste Debatte über die Vorschläge zur Halbzeitbewertung der GAP führen zu können und ich gratuliere auch der Präsidentschaft zur Idee eine öffentliche Debatte zu führen. Denn gerade aus dieser Öffentlichkeit sind in letzter Zeit immer häufiger kritische Stimmen gegen die GAP laut geworden.

Diese gegenwärtigen Kritiken an der GAP sind ein Zeichen eines Auseinanderdriftens zwischen der Position der Landwirte und der der Zivilgesellschaft. Wir brauchen daher dringend Maßnahmen um die gegenseitige Anerkennung wiederherzustellen. Dies kann nicht erreicht werden, ohne daß die Landwirtschaftsorganisationen und die Landwirte einerseits und die Zivilgesellschaft andererseits beginnen, anstatt aneinander weiter vorbeizureden sich gegenseitig zuzuhören und auch dem gemäß zu handeln.

Die Zivilgesellschaft hat Recht, wenn sie eine gemeinsame Agrarpolitik befürwortet, die Anreize bietet das zu produzieren, was die Bürger wollen, und nicht das, wo es die höchsten Subventionen gibt. Auch Umfragen bestätigen immer wieder: Die Menschen wollen gesunde Qualitätslebensmittel, eine saubere Umwelt und lebenswerte Kulturlandschaften.

Hingegen werden subventionierte Überproduktionen und Marktverzerrungen gegenüber Entwicklungsländern abgelehnt. Die Zivilgesellschaft tut Recht daran, wenn sie stärkere Kontrollen, einen schnelleren Ausbau der ländlichen Entwicklungspolitik und eine gewisse Abstufung der Direktzahlungen verlangt.

Aber auch die Landwirte haben Recht, wenn sie verlangen, daß man sie vom Papierkram entlasten und daß man ihnen ihre Unternehmerfunktion zurückgeben soll, damit sie für ihre Kunden produzieren können anstatt zu künstlichen Preisen für einen künstlichen Markt, eben für die Interventionslager.

Genauso haben die Landwirte auch Recht, wenn sie verlangen, für ihre Qualitätserzeugnisse, für ihre Umweltleistungen, für ihre Landschaftspflege, das heißt für alle Produkte und Dienstleistungen, die sie für die Gesellschaft erbringen, anständig bezahlt zu werden. Dafür sind auch weiterhin Direktzahlungen notwendig; denn der Marktpreis allein reicht dazu nicht aus. Und wir müssen die Landwirte von der Last der Agrarbürokratie befreien, so daß sie ihre Arbeitszeit auf dem Betrieb einsetzen können, anstatt sie mit dem Ausfüllen von Formularen zu verschwenden.

Angesichts all dieser Herausforderungen können wir wohl mit Seneca sagen: "Die Sprache der Wahrheit ist einfach". Das heißt aber sicher nicht, daß sie von allen Betroffenen akzeptiert wird.

Wir wollen jetzt aber sicher nicht das Rad neu erfinden. Im Gegenteil: Die Ziele die wir uns 1999 in der Agenda 2000 für die Agrarpolitik gesetzt haben, bleiben nach wie vor gültig und in Kraft.

Die EU braucht einen wettbewerbsfähigen Agrarsektor, der die Umwelt schont, den Konsumenten Qualität und Lebensmittelsicherheit gibt und den Bauern ein angemessenes Einkommen garantiert. Die bestehenden agrarpolitischen Elemente reichen aber nicht aus, um diese Ziele tatsächlich zu erreichen. Deshalb können wir nicht auf Abwarten setzen, sondern müssen unsere Politik jetzt anpassen und weiterentwickeln.

Die Halbzeitbewertung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die die Europäische Kommission letzte Woche vorgelegt hat, dient nicht zuletzt dazu, die öffentlichen Ausgaben für den Agrarsektor besser zu rechtfertigen. Neben der Stützung der landwirtschaftlichen Einkommen müssen diesen Leistungen entsprechende Gegenleistungen gegenüberstehen - in Form von sicheren Lebensmitteln, einer intakten Umwelt, der Einhaltung von Tierschutzauflagen, der Landschaftspflege, der Erhaltung des kulturellen Erbes

oder in Form von mehr sozialer Ausgewogenheit und Gerechtigkeit. Durch die Halbzeitbewertung wird die Agrarpolitik entbürokratisiert, gleichzeitig werden die Landwirte animiert, Produkte zu erzeugen, für die sie möglichst hohe Erlöse am Markt erzielen, und nicht solche, für die sie möglichst hohe Subventionen erhalten. Für die europäischen Verbraucher und die Steuerzahler bringt die Überprüfung mehr Wirtschaftlichkeit.

Konkret schlägt die Kommission vor, 1) die Direktzahlungen von der Produktion zu entkoppeln, 2) diese Zahlungen an die Einhaltung von Standards in den Bereichen Umwelt, Lebensmittelsicherheit, Tierschutz und Betriebssicherheit zu binden, 3) mehr EU-Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raums einzusetzen 4) ein System betriebsbezogener Audits einzuführen und 5) im Rahmen der Entwicklung des ländlichen Raums neue Maßnahmen vorzusehen, um die Erzeugung von Qualitätslebensmitteln, die Lebensmittelsicherheit und den Tierschutz zu fördern und die Kosten der betriebsbezogenen Audits teilweise abzudecken.

Im Bereich der Marktpolitik, die die größte Säule der GAP bleibt, schlägt die Kommission vor, 1) den Prozess der Reformen im Getreidesektor abzuschließen, speziell durch eine abschließende Senkung des Interventionspreises um 5% und eine Neuregelung des Außenschutzes, 2) die Roggenintervention abzuschaffen, 3) den spezifischen Zuschlag für Hartweizen abzusenken und eine Qualitätsprämie einzuführen, 4) den Interventionspreis für Reis zu senken und dafür einen Ausgleich zu gewähren und 5) die Regelungen für Trockenfutter, Eiweißpflanzen und Schalenfrüchte anzupassen.

Die Vorschläge zur Halbzeitbewertung haben gleich zu Beginn viele Reaktionen ausgelöst. Sie haben einerseits große Unterstützung gefunden, andererseits sind auch einige kritische Bemerkungen gemacht worden.

Eine häufige Kritik ist, daß die Kommission über die Vereinbarungen von Berlin hinausgegangen wäre. Diese Kritiker vergessen, daß die Aufträge von Berlin kein Vorschlagsverbot für die Kommission bedeuten, sondern lediglich das Minimalprogramm für die Halbzeitbewertung. Sie vergessen weiters, daß danach auch der Göteborggipfel stattgefunden hat, auf dem die Staats- und Regierungschefs verlangt haben, die Agrarpolitik nachhaltiger zu gestalten.

Vor allem aber können wir nicht länger ignorieren, daß u.a. auch wegen immer neuer Lebensmittelkandale und wegen der BSE und Maul- und Klauenseuche Krise die Bevölkerung die bestehende GAP immer mehr in Frage stellt.

Und schließlich müssen wir auch dort handeln, wo internationale Entwicklungen die Lage für unsere Landwirte schwer beeinträchtigen wie z.B. beim Außenschutz für Getreide.

Aber es bleibt dabei:

Alle Halbzeitbewertungsvorschläge der Kommission einschließlich der Modulation und der Entkoppelung entsprechen in vollem Umfang den in der Agenda 2000 in Berlin vorgegebenen Zielen und dem in Berlin vereinbarten Finanzrahmen.

Eine zweite Kritik ist, daß die Kommission mit ihrem Vorschlag das Europäische Agrarmodell in Frage stelle. Diese Kritik geht ebenfalls daneben.

Das Europäische Agrarmodell ist identisch mit den Zielen der Agenda 2000. Am europäischen Agrarmodell hält die Kommission fest. Wir schlagen lediglich Maßnahmen vor, mit dem wir das europäische Agrarmodell besser in die Tat umsetzen können.

Es sind sich alle einig, daß dafür die ländliche Entwicklungspolitik gestärkt werden muß. Diese Stärkung kann aber nur erzielt werden, wenn mehr Mittel von der ersten in die zweite Säule transferiert werden. Wir tun dies in einer sehr verantwortungsvollen Weise und niemand kann sagen, daß wir die Marktordnungen kaputt machen, wenn wir das Verhältnis der Ausgaben zwischen erster und zweiter Säule von 9:1 auf 8:2

verschieben.

Eine dritte Kritik ist, daß die Unterstützung der GAP mehr und mehr eine Sozialhilfe wird und den Landwirt immer mehr vom Markt entfernt. Das Gegenteil ist richtig, denn in der Vergangenheit hing der Landwirt nicht vom realen Markt, sondern von einem handelsverzerrenden Interventionslagermarkt ab, während er in Zukunft das produzieren kann, wo er sich auf dem realen Markt die besten Chancen ausrechnet. Zusätzlich werden die Mittelaufstockungen für die ländliche Entwicklung auch dazu dienen, neue Maßnahmen finanzieren zu können um den Landwirten zu helfen qualitäts- und marktorientierter zu produzieren und die verlangten Produktionsstandards zu erfüllen. Das bedeutet aber auch bessere Preise. Einerseits betrifft das die Zertifizierung der Produktion andererseits die Vermarktung von Qualitätsprodukten, von Produkten mit geographischen Ursprungsbezeichnungen und Bioerzeugnissen. Landwirte, die mehr als das gesetzlich verlangte für die artgerechte Tierhaltung tun wollen, können in Zukunft ebenfalls auf einen direkten Ausgleich ihrer zusätzlichen Kosten zählen.

Darüber hinaus entspricht es wohl mehr einer Marktwirtschaft, wenn alle Leistungen, für die eine Nachfrage besteht, auch leistungsgerecht abgegolten werden.

Genau das geschieht, wenn wir die Incentives zur Mehrproduktion wegnehmen und im Gegenzug eine Orientierung der Direktzahlungen an den öffentlichen Gütern vornehmen, die die heutige Gesellschaft von der Landwirtschaft verlangt.

Eine vierte Kritik ist, daß wir die Blue Box in der WTO aufgeben wollen. Das ist falsch. Wir werden die Blue Box weiter brauchen, aber haben doch in Doha selbst vorgeschlagen, daß wir bereit sind, die Blue Boxmaßnahmen zu reduzieren.

Die Halbzeitbewertung der GAP erlaubt uns viel eher in der neuen WTO-Runde unsere Forderungen wie z.B. die Anerkennung von Ursprungsbezeichnungen, den Tierschutz, die Lebensmittelsicherheit oder das Vorsorgeprinzip bei unseren Handelspartnern durchzusetzen.

Schlußendlich möchte ich hier noch auf eine fünfte Kritik hinweisen, die des Timings. Warum jetzt und nicht im Jahr 2006?

Weil die Anpassungen dringend sind. Weil wir sie keinesfalls als Konzessionen ohne Gegenkonzessionen, sondern als Verhandlungselemente in Genf gut benutzen können. Weil auch die Beitrittsländer wissen wollen, was auf sie zukommt.

Die Halbzeitbewertung ist insgesamt keine Revolution, nicht einmal ein Revolutiönchen sondern ein Vorschlag die GAP an das Gebot der Stunde anzupassen und sie dadurch zu stärken und gleichzeitig für die europäische Gesellschaft akzeptabler zu machen.

Ich bin mir völlig bewußt, daß viele Landwirtschaftsorganisationen und Landwirte den Vorschlag nicht gerade begrüßen. Aber ich glaube, daß es wichtig ist in aller Klarheit und im Bewußtsein der unterschiedlichen Interessen unserer Gesellschaft rechtzeitig zu handeln. Was wir jetzt brauchen, ist eine breite Diskussion und zu dieser lade ich herzlich ein.